Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 83. | Dresden, Mittwoch den 13. April 1910. | 21. Jahrg.

Schluß mit Skandal.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Man muß es der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses lassen, in allem, was sie tut, ist sie sich selbst getreu. Wie sie es im allgemeinen treibt, so tut sie es auch in allen Einzelheiten, sie ist nicht nur eine Meisterin der großen Schurkenstreiche, sondern sie läßt sich auch die kleineren Unanständigkeiten nicht entgehen, sie treibt Gemeinheit bis ins kleinste Detail. Wären ihre Charaktereigenschaften noch mit Intelligenz verbunden, wäre sie in weit höherem Maße eine öffentliche Gefahr, als sie es leider schon ist. Aber glücklicherweise, an der Intelligenz fehlt es, und so kann man im Zweifel darüber sein, ob man den Skandal, mit dem sie den skandalösen Wahlrechtsskandal am Dienstag stilgerecht enden ließ, als Schandtat verurteilen oder als parlamentarischen Dummenjungenstreich verlachen soll.

Man wollte der Minderheit das Wort verbieten und man hat mit den sozialdemokratischen Abgeordneten einen moralischen Sieg, sich selber aber eine blamable Niederlage bereitet. Den Sozialdemokraten sollte bei der Schlußberatung der Wahlrechtsvorlage das Wort abgeschnitten werden. Zu diesem Zwecke erteilte der konservative Führer Herr v. Pappenheim dem Schriftführer, wie er sich selbst ausdrückt, „den Auftrag", ihm eine Meldung zu erstatten, wenn sich ein Sozialdemokrat zur Beratung der einzelnen Paragraphen zum Wort melden sollte. War dies geschehen, so sprang sofort der Freiherr von Richthofen als konservativer Strohmann vor, um sich vor den Sozialdemokraten in die Rednerliste eintragen zu lassen, und auf das Wort, nachdem es ihm erteilt war, zu verzichten. Damit sollte dem Erfordernis der Geschäftsordnung, daß die Debatte erst nach dem ersten Redner geschlossen werden dürfe, Genüge geleistet werden, und sofort nach dem Wortverzicht der konservativen Puppe sauste das Fallbeil des Debattenschlusses herab. **Das Zentrum machte dieses schwindelhafte und unsaubere Manöver von Anfang bis zu Ende treulich mit.** Das Ergebnis war, daß zwar die Sozialdemokraten nicht zu den einzelnen Paragraphen der Vorlage sprechen konnten, daß sie dafür aber in einer stundenlangen tumultuarisch erregten Geschäftsordnungsdebatte der verbrecherischen Mehrheit **Wahrheiten ins Gesicht schleuderten, wie sie sie bis dahin noch nicht zu hören bekommen hatte.** Das weitere Ergebnis war, daß sich Freisinnigen und halb und halb sogar auch die Nationalliberalen, dem sozialdemokratischen Protest anschließen mußten, während die Rechte und das Zentrum, ohne Bewußtsein, eine verlorene Sache zu vertreten, kaum noch Leute fanden, um die Schamlosigkeit ihres Vorgehens zu bemänteln. Der schuldbewußte Präsident Herr v. Kröcher spielte dabei die kläglichste Figur, er stammelte während der sozialdemokratischen Anklagereden mechanisch einen Ordnungsruf um den andern und wurde zum Schluß auch den schärfsten Angriffen gegenüber ganz stumm, ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Alles in allem, es war eine Verhandlung, die dieses „hohen Hauses" würdig war, und der „Ernst", mit dem sie von der Mehrheit geführt wurde, entsprach völlig dem Wert des Gegenstandes, der zur Beratung stand. Die „Wahlreform" des schwarzen Blocks ist selber ein Skandal, wie die Existenz dieses ganzen sogenannten Parlaments ein Skandal ist, und so gab es denn auch eine geschäftsordnungswidrige, illegale Schlußabstimmung mit Skandal. Dieses Ende krönt das Werk — und Fortsetzung folgt im Herrenhause.

• • •

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abgeordneter von Oldenburg-Januschau (kons.), daß er nicht, wie in der Presse behauptet worden sei, die Nationalliberalen „Waschweiber" genannt habe.

Auf der Tagesordnung steht die Wiederholung der Beratung und Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage.

Abg. v. Heydebrand (kons.): Ich habe kurz zu erklären, daß wir heute ebenso abstimmen werden wie am 16. März. (Gelächter links, Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir werden so abstimmen wie am 16. März. Wir sind der Meinung, daß die Verbindung der indirekten mit der geheimen Wahl keine wirkliche geheime Wahl herbeiführt, und daß die Drittelung in den Urwahlbezirken in Verbindung mit der Maximierung zur Entrechtung der westlichen Industrie dient. (Sehr wahr! rechts, Bravo! bei den Natl.)

Abg. Cassel (Fortschr. Volksp.): Unsere Stellung ist bekannt. Wir fordern dasselbe Wahlrecht für Preußen, welches das Reich hat, um so mehr, weil eine starke Gegnerschaft gegen das Reichstagswahlrecht im Reiche vorhanden ist, die das Wahlrecht im Reiche ändern und damit die Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches durchlöchern möchte. Nur die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen würde den Anforderungen der Gerechtigkeit genügen. Da aber dieses unser Ziel nicht mit einem Schlage zu erreichen ist, müssen wir uns zunächst mit der geheimen und direkten Wahl, mit einer besseren Wahlkreiseinteilung begnügt haben. Das indirekte geheime Wahlrecht ist überhaupt kein geheimes Wahlrecht. (Sehr richtig!) Wir lehnen das Gesetz ab, weil es in keiner Weise eine Verbesserung des Wahlrechts enthält. (Sehr richtig!) Nicht eine wirkliche Reform, sondern die Aufrechterhaltung ihrer politischen Herrschaft ist das Ziel der Mehrheitsparteien. Als Motto dieser Verhandlungen empfiehlt man das Goethesche Wort: „Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis!" (Beifall links.)

Abg. Herold (Z.): Für die geheime Wahl behaupten doch auch die Nationalliberalen einzutreten und die Drittelung nach Urwahlbezirken besteht doch schon seit 20 Jahren. (Zuruf bei den Natl.: Um so schlimmer!) Es ist daher unerfindlich, wie dadurch die Industrie entrechtet werden wird. Wahrscheinlich verwechselt Herr Friedberg die Industrie des Westens mit der nationalliberalen Partei. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir werden dieselbe Haltung einnehmen wie bei der früheren Beratung und für unveränderte Annahme der damaligen Fassung eintreten. Sie befriedigt uns zwar nicht voll (Lachen bei den Natl.), aber sie bringt uns doch eine wesentliche Besserung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Jadzewski (Pole) erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. Borgmann (Soz.): Selbstredend stimmen wir gegen diese Wahlrechtsvorlage, die nichts ist als die Aufrechterhaltung des verfassungswidrig eingeführten Dreiklassenwahlrechts. Bereits im Jahre 1851 führte ein Abgeordneter aus, daß die preußische Kammer keine Vertreterin des Volkes, sondern im besten Falle eine noch dazu sehr mangelhaft herausdestillierte Vertreterin der Steuerkraft sei. Der Abgeordnete, der diese Ausführungen machte, war der Junker Otto v. Bismarck-Schönhausen, der spätere Reichskanzler und Nationalheros. Die Mehrheitsparteien aber suchen dieses Wahlgesetz aufrecht zu erhalten, weil dasselbe ihnen die Herrschaft verbürgt. Herr v. Zedlitz hat sogar versucht, mit Schillerschen Worten die gesamten bürgerlichen Parteien zur Verteidigung des Dreiklassenwahlrechts aufzurufen. Ich will ihm mit einem anderen Schillerzitate antworten: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen." (Lebh. Sehr gut! bei den Soz.) Von einem Abgeordnetenhaus mit 139 Großgrundbesitzern und 94 Staatsbeamten kann man keine Erfüllung der Volksforderungen erwarten. Aber auch die Steuerkraft wird von diesem Hause nicht repräsentiert. Von den 599 Millionen Mark, die bei den Wahlen als Unterlage für die Drittelung benutzt werden, stammen 412 Millionen aus den Städten, und nur 187 Millionen vom platten Lande, während dieses zwei Drittel der Abgeordneten stellt. (Hört, hört! links.) Dennoch weigert man sich, die aus dem Jahre 1860 stammende Wahlkreiseinteilung zu ändern. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Wahlreform ist geradezu eine Provokation des Volkes. (Sehr gut! bei den Soz.) Am verflossenen Sonntage haben Millionen preußischer Staatsangehöriger gegen ihre Entrechtung protestiert. In Oesterreich, in Ungarn, haben leitende Minister vom Klassenparlamente an das Volk appelliert. Wie tief stehen doch die leitenden Staatsmänner Preußens unter einem Beck, unter einem Freiherr v. Rheinbaben. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) **Wir werden nie zu verständigen Verhältnissen in Preußen kommen, bevor nicht die Junkerherrschaft gebrochen ist.** Das Volk hat es satt, Objekt zu sein. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Keine Ruhe wird kommen, bevor nicht das Wahlunrecht beseitigt ist. Wenn die Warnungen der ruhigen Demonstrationsversammlungen ungehört verschallen, dann werden eben stärkere Mittel gebraucht werden müssen. Bis tief in das Bürgertum hinein ist diese Auffassung verbreitet. In Dortmund haben sich auch die Freisinnigen an den Versammlungen beteiligt. **Die Reaktion wird gebrochen werden, wenn das Bürgertum Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse gegen das Junkertum kämpft.** (Lärm im Zentrum und rechts.) Das Zentrum, das stets für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einzutreten behauptete, hat sich zum Schleppenträger der preußischen Junker gemacht und ist zum Judas am Volke geworden. Es gibt keine verlogenere Politik als die des Zentrums. (Großer Lärm im Zentrum. Präsident v. Kröcher ruft den Abg. Borgmann zur Ordnung.) Das Volk wird sich diese Judashaltung des Zentrums merken. Wir lehnen diese Wahlrechtsvorlage einstimmig ab und mit uns die Majorität des preußischen Volkes. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (freik.): Der Abg. Borgmann glaubt wohl selbst nicht, daß seine Ausführungen Eindruck auf uns machen. Er hat, wie schon früher Herr Liebknecht, mit schärferen Mitteln gedroht. Revolutionäre Versuche werden nötigenfalls mit dem Schwerte des Staates erstickt werden. (Lebh. Zustimmung rechts, große Heiterkeit bei den Soz.) Unsere Armee steht zu Kaiser und Reich. (Lebh. Beifall rechts. Große Unruhe links. Rufe bei den Soz.: Sie steht zum Volke.) — Auch wir haben keinen Anlaß, jetzt von unserer Stellung bei der dritten Lesung abzusehen. (Rufe links: Jetzt!?) Mit verschwindenden Ausnahmen werden wir wie damals gegen die Vorlage stimmen, und zwar jetzt auch gegen jeden einzelnen Paragraphen. Die große Mehrzahl meiner Freunde zieht die öffentliche Wahl der geheimen vor. Ausschlaggebend für unsere Ablehnung ist, daß die Drittelung der Urwahlbezirke die Wirkungen der geheimen Abstimmung zugunsten des Zentrums und der Sozialdemokraten verschärft. Die Drittelung nach Gemeinden würde die demokratisierende Wirkung der Vorlage (Große Heiterkeit bei den Soz.) einigermaßen mildern. Ferner müßten Bildung, Verdienst und Erprobung im öffentlichen Dienste mit berücksichtigt werden. Die jetzige Vorlage entspricht durchaus nicht den Interessen des Staates und der staatserhaltenden Politik. Unsere Bedenken werden verstärkt durch die Zusammensetzung der Majorität. Wir legen entscheidenden Wert darauf, das Dreiklassenwahlrecht zu fundamentieren gegenüber dem Ansturm von Seiten des Reichstagswahlrechts. Eine Festung kann aber nicht gehalten werden, wenn nahezu die Hälfte der Besatzung — das ist das Zentrum — innerlich mit den Angreifern sympathisiert und nur auf die Gelegenheit zur Uebergabe wartet. (Heiterkeit links.) Eine mit Zentrumshilfe zustande gekommene Vorlage ist nur eine Etappe auf dem Wege zum Reichstagswahlrecht. Die Mitwirkung des Zentrums vertieft die durch die Finanzreform gerissene Kluft zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Wir erwarten, daß die anderen Faktoren der Gesetzgebung (Aha! im Zentrum.), das Herrenhaus und die Regierung, sich der Verantwortung für Preußen und die Monarchie voll bewußt bleiben. (Beifall bei den Freikons. und bei den Natl. Zischen im Zentrum. Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) polemisiert gegen Herold. Maximierung und Urwahlbezirksdrittelung zusammen schädigen das begüterte Unternehmertum im Westen, das dieselbe Stellung beanspruchen kann wie das östliche Großgrundbesitzertum. Daß die westlichen Industriellen es vorziehen, Nationalliberale zu wählen, statt in den Arbeitersekretären des Zentrums ihre geeignete Vertretung zu erkennen, kann man ihnen schließlich nicht verdenken. (Beifall bei den Natl. Gelächter im Zentrum.) Will die konservative Partei die Macht des Zentrums fördern, so mag sie die Verantwortung dafür tragen, wir wollen sie nicht mittragen. (Lebh. Beifall bei den Natl. Unruhe rechts und im Zentr.)

Abg. Leinert (Soz.): Das Zentrum weiß sehr gut, daß die geheime Wahl durch die Verbindung mit der indirekten vollständig bedeutungslos geworden ist. Schon daß die Konservativen für dieses geheime Wahlrecht sich erklären, offenbart seinen Charakter als Danaergeschenk. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade gegen die Verbindung des Zentrums mit den Konservativen richtet sich der Zorn des Volkes. Das Zentrum hätte seinen Standpunkt nicht einnehmen können, wenn die Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht eingetreten wären, statt für ein sogenanntes aristokratisches Wahlrecht, wovon sie selbst nicht wissen, wie sie es gestalten sollten. Dann hätte man das Zentrum wirklich auf die Probe stellen können, ob es ihm mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Preußen ernst ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das schlimmste ist, daß sich das Zentrum selbst den Konservativen angeboten hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Hier zeigt sich die ganze verräterische Handlungsweise des Zentrums in der Wahlrechtsfrage. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konservativen, wenn sie dem Volke sein Recht verweigern, sind der wahre Totengräber der preußischen Monarchie.

Die Arbeiterklasse ist auf dem Wege, die Macht zu erobern, das beweist der Sieg, den die Arbeiter gegen die Polizeimaßregeln erfochten haben. Das Volk ist erwacht, und seine Erbitterung ist so groß, daß Polizei und Militär dagegen nichts ausrichten können. Die reaktionären Elemente werden sich dem Druck der Massen vergebens entgegen stellen, sie werden einfach zermalmt.

Herr v. Zedlitz hofft auf das Militär. Aber die Soldaten, die in einigen Jahren Wähler dritter Klasse werden sollen, werden sich nicht dazu hergeben, auf das Volk zu schießen, nur deshalb, weil es nicht mehr mit der dritten Klasse zufrieden ist. Ueberlegen Sie doch! Sie können hundert, können auch tausend Staatsbürger von dem Militär, das von dem Gelde dieser Staatsbürger bezahlt wird, totschießen lassen, aber Sie können nicht die Millionen von Sozialdemokraten totschießen lassen, die das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht fordern. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Wenn es zu der Revolution kommt, der wir nach der Ansicht des Herrn v. Zedlitz entgegengehen, so nur dadurch, daß die nichtsnutzige Junkerklasse Preußens das Volk auf das äußerste reizt und es zwingt, sein Recht, das ihm vorenthalten wird, sich zu nehmen. Trotz Polizei und Militär wird sich das preußische Volk die Rechte erobern, die ihm zukommen. (Beifall bei den Soz.)

•

Die Generaldebatte wird geschlossen. In der Einzelberatung wird Artikel 1 debattelos mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen, ebenso die §§ 2 und 3. Bei § 4 verzichtet der konservative Redner auf das Wort, und zugleich bringt Abg. v. Arnim (kons.) einen Schlußantrag ein. Zum Wort ist noch gemeldet Abg. Ströbel (Soz.). Der Schlußantrag wird angenommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Ströbel (Soz., zur Geschäftsordnung): In der Geschäftsordnung heißt es, daß die Debatte nicht geschlossen werden kann, bevor sie eröffnet ist, und daß mindestens ein Redner geredet haben muß. Ich glaube demnach, daß die Beschlußfassung ungültig ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Das Haus hat so beschlossen, und ich werde so verfahren. (Heiterkeit.)

§ 4 wird mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums angenommen.

Bei § 5 wiederholt sich derselbe Vorgang, als der Abg. Hirsch (Soz.) sich zum Worte meldet.

Abg. Hirsch (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich halte es für notwendig, ausdrücklich vor dem Lande festzustellen, in welcher Weise hier Komödie gespielt wird. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Präsident v. Kröcher: Komödie spielen wir hier nicht.

Abg. Hirsch (Soz., fortfahrend): Herr v. Arnim steht die Rednerliste nach, und sofern ein Sozialdemokrat gemeldet ist, springt er vor, nachdem vorher einer seiner Freunde vorgeschoben wurde, der auf das Wort verzichtet, um Schluß zu beantragen. Ich stelle fest, daß man hier nicht nur das Volk völlig entrechtet, sondern auch die wenigen Vertreter des Volkes mundtot macht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Abgeordnete springen hier im Hause nicht vor. (Heiterkeit.)

Die §§ 6 und 7 werden angenommen.

Bei § 8 sind die Abgg. Strosser (kons.) und Liebknecht (Soz.) zum Wort gemeldet. Der Abg. Strosser verzichtet auf das Wort. Hierauf wird ein Schlußantrag der Konservativen angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere vor dem ganzen Lande (Heiterkeit bei der Mehrheit), daß dieses sogenannte Hohe Haus — (Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter Liebknecht, in dem „sogenannt" liegt eine Beleidigung des Abgeordnetenhauses. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Liebknecht (Soz., fortfahrend): Ich konstatiere also, daß dieses Hohe Haus für die vierte Lesung dieser wichtigen Wahlrechtsvorlage nicht einmal zwei Stunden Zeit hat. Das Wort Komödie darf man ja nicht anwenden, es ist ein Verbrechen!

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter Liebknecht, ich bedaure, aber ich kann mir nicht helfen, ich rufe Sie wiederum zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Der Rest der Vorlage wird angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung nimmt das Wort zur Geschäftsordnung

Abg. Ströbel (Soz.): Ich betone nochmals, daß die Abstimmung geschäftsordnungswidrig vor sich gegangen ist. Anmerkung 10 zu § 54 besagt: Der Schlußantrag kann selbstverständlich nur nach Eröffnung der Besprechung gestellt werden, da eine nichteröffnete Besprechung nicht geschlossen werden kann. (Hört, hört! b. d. Soz.) Redner verliest weitere Belegstellen aus dem Plateschen Kommentar. — Es ist heute geschäftsordnungswidrig verfahren worden, und die Abstimmungen sind ungültig. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Dr. Porsch (Z.): Herr Ströbel hat den entscheidenden Satz fortgelassen. Er lautet: Das Haus könne in bestimmten Fällen das Bedürfnis empfinden und müsse deshalb die Macht haben, eine Abstimmung ohne Besprechung herbeizuführen. (Hört, hört! Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Abg. Fischbeck (Fortschr. Volksp.): Aus der Art, wie die Rechte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100413/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG